

Änderungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
— Drucksachen 11/4528, 11/6949 —

Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft
für Volljährige (Betreuungsgesetz – BtG)

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 9 wird wie folgt geändert:

1. An § 1 wird nach Absatz 4 folgender neuer Absatz 5 angefügt:

„Die Beistandsberechtigten werden unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Gesetzes von der neuen Rechtslage, insbesondere ihren Rechten nach §§ 1901, 1908b, 1908d des Bürgerlichen Gesetzbuches und § 66 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom Gericht in jeweils geeigneter Form verständigt.“

2. a) In § 2 Nr. 1 werden das Wort „zehn“ durch das Wort „fünf“ und die Worte „fünf Jahre nach diesem Zeitpunkt“ durch die Worte „zwei Jahre nach diesem Zeitpunkt“ ersetzt.

b) In Nummer 2 wird das Wort „zehn“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

Bonn, den 25. April 1990

Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

